

# Betroffenheit schadet den Armen und uns selbst

Gute Entwicklungshilfe braucht nicht kritiklose Zustimmung, sondern kühlen Verstand. Das zeigen Beispiele aus der Praxis



Paul Widmer

Menschen aus der Misere zu helfen, ist etwas Gutes. Folglich ist auch Entwicklungszusammenarbeit etwas Gutes. Aber ein guter Zweck allein heiligt nicht die Mittel. Kürzlich hat der Skandal bei Oxfam die westliche Welt erschüttert. Statt Minderjährigen in Haiti zu helfen, beuteten Mitarbeiter des britischen Hilfswerks diese sexuell aus. Der Aufschrei war gross. Aber um einen Einzelfall handelt es sich wahrlich nicht. Ähnliche Verbrechen verübten Uno-Blauhelme in mehreren Missionen. Und in Kosovo hat sich die Korruption tief in der Eulex eingenistet – exakt in jener Organisation also, die im Auftrag der EU die Korruption bekämpfen sollte.

Was soll man in solchen Lagen tun? Den Geldhahn ein für alle Mal zudrehen? Das wäre voreilig. Den Ärmsten zu helfen, ist Pflicht. Wer prinzipiell gegen die Entwicklungszusammenarbeit ist, wird immer ein Haar in der Suppe finden, um jedes Projekt abzulehnen. Aber auf der anderen Seite sieht es nicht besser aus. Die Entwicklungshilfe-

lobby ist geneigt, jeden Unsinn zu rechtfertigen – und sei es nur, um die öffentliche Hilfe auf dogmatische 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu pushen. Als ob die Quantität die Qualität von Projekten verbessern würde! Nein, in dieser Sache sollten wir nicht voreingenommen, sondern mit kühlem Verstand reagieren. Und das heisst: die einzelnen Entwicklungsprojekte kritisch unter die Lupe nehmen.

Dazu ein Beispiel aus eigener Erfahrung. Ein Dozent der Universität Genf erstellte, als ich Botschafter in Jordanien war, Umweltstudien für zwei jordanische Städte. Mir fiel auf, dass fast das gesamte Budget in Personalkosten für das Schweizer Team versickerte. Von einem Wissenstransfer war wenig zu erkennen. Das machte mich skeptisch. Deshalb besuchte ich ein Jahr nach Abschluss des Projekts einen der Bürgermeister und fragte ihn, was die Studie für seine Stadt gebracht habe. Nach einigem Zögern bestätigte er meine Vermutung: nichts. Ich meldete dies der Zentrale. Die Deza stoppte umgehend ähnliche Projekte in den umliegenden Ländern. Was die Schweiz in diesem Fall betrieben hatte, war nicht Entwicklungshilfe für Jordanien, sondern – ungeschminkt gesagt – für die Universität Genf. Doch solches las man, soviel ich weiss, in keinem Rechenschaftsbericht.

Zur Kritikfähigkeit gehört, dass man sich auch mit Fehlleistungen auseinandersetzt. Aber da hapert es auf allen Seiten. Vor zwei



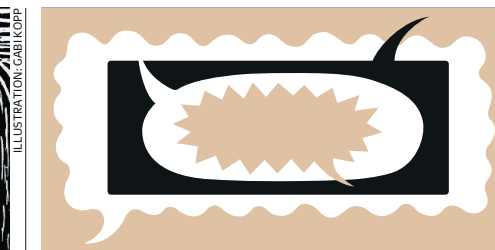
Die Lektüre war grauenerregend: Seite auf Seite Erfolgsmeldungen, nichts als effiziente, fokussierte Projekte.

Jahren beantragte der Bundesrat für die Jahre 2017 bis 2020 einen neuen Rahmenkredit von 11 Milliarden Franken. Tim Guldin, damals Mitglied der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, las den Bericht von 458 Seiten und meinte: «Die Lektüre war grauenerregend.» Seite auf Seite Erfolgsmeldungen, nichts als effiziente, fokussierte Projekte. ... Als erfahrener Diplomat wusste er, das konnte so nicht stimmen.

Er glaubte auch, ausser ihm habe niemand in der Kommission den Wälzer von A bis Z gelesen. Ob dem so ist, sei dahingestellt. Aber dass die Kommission ihre Schwerpunkte zuweilen eigenartig setzt, kann jeder erkennen. Auf Initiative der Linken und mit Unterstützung von Freisinnigen beantragte sie kürzlich, der Nationalrat solle in der nächsten Sesssion eine Erklärung zu Syrien abgeben. Eine Erklärung zu Syrien? Einigen Parlamentariern würde das gefallen. Sie könnten, wie Dominik Feusi in der «Basler Zeitung» schrieb, ihre Betroffenheit inszenieren. Doch sonst brächte die Übung nichts. Im Gegenteil. Sie würde einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik Steine in den Weg legen.

Aber eben: Symbolpolitik zu betreiben, ist allemal leichter, als sich in die Akten zu vertiefen. Andersherum wäre dem Land jedoch besser gedient.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



## Showdown

Francesco Benini

Am Freitag hielt die Welt den Atem an. Es war eine historische Stunde. Vor kurzem hätte niemand für möglich gehalten, was sich vor der Weltöffentlichkeit zutragen würde. Nein, wir meinen nicht den Diktator Kim Jong Un, der über die koreanische Demarkationslinie watschelte. Wir meinen das Comeback von Abba, das gleichentags bekanntgegeben wurde. Abba! Als 1980 das Album «Super Trouper» erschien, war das für uns vergleichbar mit den Gebotstafeln, die Moses vom Berg Sinai heruntergebracht hatte. Monatelang liefen die Songs am Radio. The winner takes it all, the loser has to fall – eine einzige Offenbarung. Anni-Frid und Agnetha verrenkten sich auf der Bühne, Benny malträtierte ein Klavier, und Björns Aufgabe war es, blöd zu schauen. Man drehte wie besessen am Zauberwürfel, dem Rubik's Cube, und dazu lief Abba. Die Frauen gingen ins Aerobic, trugen dabei bunte Stulpen und bewegten sich zu Abba. Ronald Reagan wurde US-Präsident; im Weissen Haus lief Abba. Die Melodien der schwedischen Band waren so eingängig, dass alle sofort von ihnen gepackt wurden, Kleinkinder, Senioren, Uniprofessoren, Schwervermittelbare. Als das Waldsterben einsetzte, lief im Hintergrund «Mamma mia». In der Halbzeitpause im Fussballstadion spielte der Platzsprecher stets «I have a dream» und meinte den Meistertitel – das St. Galler Espenmoos war ein Hort der Hochkultur. Als die Gruppe 1982 ihre Trennung bekanntgab, gingen Schockwellen um die Welt. Helmut Schmidt war so deprimiert, dass er das Amt als Bundeskanzler an Helmut Kohl abtrat. Auch das Waldsterben hatte keine Lust mehr. Wir warfen die knöchelhohen weissen Adidas-Turnschuhe in eine Ecke. Jetzt wird aber alles gut! Zwei neue Abba-Songs werden bald gespielt – und dann singen wir alle zusammen «Thank you for the music».

## Medienkritik

### Boykottieren geht über studieren



Katharina Bracher

Christoph Blocher, begüterter Rentner aus Herrliberg und zuletzt SVP-Vizepräsident, werden gerne übernatürliche Kräfte attestiert – allerdings weniger von seinen Anhängern als von seinen Gegnern. Das erklärt, warum Blocher einmal mehr zum Nachtmahr des rot-grünen Bedenkenträgers geworden ist. Worum geht es? Blocher hat das «Tagblatt der Stadt Zürich» gekauft, eine Gratiszeitung, die den meisten Zürchern auf und – in aller Regel – nicht in den Briefkasten gelegt wird. Die Zeitung bietet einen politisch neutralen Mix aus Quartierneuigkeiten und Interviews mit lokaler Prominenz. Ausserdem dient sie der Stadt als offizielles Amtsblatt.

Als sich nun vor ein paar Tagen die Kunde von Blochers Übernahme verbreitete, schaltete die daueraufgeregte Facebook-Blase sogleich in den Anti-Blocher-Panikmodus. Wortreich wurde vor dem Rechtsdrall der Berichterstattung gewarnt und zum Boykott der Zeitung aufgerufen. Die Grünen der Stadt Zürich nutzten die Gunst der Stunde und liessen Tausende von Aufklebern für den Briefkasten mit der Aufschrift «Keine SVP-Propaganda – Kein



Der Boykottaufruf gegen das «Tagblatt der Stadt Zürich» zeigt gleich mehrere Irrtümer.

Tagblatt» drucken. In den ersten zwei Tagen sollen über 1500 Aufkleber bestellt worden sein. Der in Parteifarben gehaltene Kleber habe kein Logo, heisst es scheinheilig aus der Parteizentrale, es gehe hier um die Sache, nicht um Parteipolitik.

Der Boykottaufruf gegen das «Tagblatt der Stadt Zürich» zeigt gleich mehrere Irrtümer der Anti-Blocher-Empörungsgemeinschaft: Erstens wurde in der Redaktion bist jetzt kein einziges Mitglied ausgetauscht, geändert haben nur die Besitzverhältnisse im Aktionariat. Ein Kurswechsel oder gar eine politische Säuberungswelle ist weit und breit nicht in Sicht. Es sind dieselben Journalisten mit denselben Haltungen und berufsethischen Standards, die das «Tagblatt der Stadt Zürich» machen. Sie präventiv zu bestrafen, ist ungerecht.

Man kann ausserdem davon ausgehen, dass die Urheber des Boykotts komplett ahnungslos sind, was die Funktionsweise von Redaktionen anbelangt. Auf Einflussnahmen von oben reagieren Journalisten besonders allergisch. Man unterschätzt ihren Widerstandsgeist, wenn man sie für blosse Marionetten des Verwaltungsrats hält. Die Redaktion des «Tagblatts» in Sippenhaftung zu nehmen für einen ungeliebten Verwaltungsrat, ist nicht nur intolerant, sondern auch paranoid. Wenn die Ächtung auf Vorrat eine Wirkung hat, dann die: Die Zeitung verliert Inserenten, eventuell sogar ihre Rolle als Amtsblatt. Im schlimmsten Fall wird die Stadt Zürich um eine Publikation ärmer. Das kann nicht im Ernst das Ansinnen der Boykottanten sein.

## Grenzerfahrung

### Der Goldkanton



Barbara Hofmann

Der britische Philosoph und Literaturnobelpreisträger Bertrand Russell fragte in seinem Essay über die Goldgier («Der moderne Midas»), was wohl ein Ausserirdischer denken würde, wenn er sähe, wie in Südafrika oder Südamerika mit grossem Aufwand Gold aus der Erde geholt wird, das nach einer Transformation in Barren in den tiefen unterirdischen Kellern des amerikanischen Fort Knox oder der Notenbanken wieder versenkt wird. Was Russell wohl gesagt hätte, hätte er damals schon vom Südtessin, einem der weltweit wichtigsten Orte für diesen Transformationsprozess gewusst?

Bis zu siebzig Prozent der weltweiten Goldverarbeitung finden in der Schweiz statt, der Hauptteil davon im Südtessin. Die Tessiner Goldverarbeiter liegen nah beieinander in Grenznähe zu Italien. Doch kaum einer kennt sie. Fragt man in Mendrisio, wo sich die zum Südtessin gehörende Goldschmelze Argor-Heraeus, eine der wichtigsten Goldraffinerien der Welt, befindet, schüteln die meisten den Kopf. Den Südtessinern geht es wie dem Rest des Kantons: Kaum jemand weiss, wie viele Millionen Franken am Südzüpfel der Schweiz verarbeitet

werden. An einzelnen Orten im Südtessin ist laut einer einige Jahre zurückliegenden Eawag-Studie die Goldkonzentration im Klärschlamm so hoch, dass sich sogar eine Rückgewinnung lohnen könnte.

Seit 2014 ist die Aussenhandelsstatistik für Gold öffentlich und zeigt, dass Gold das wichtigste Exportgut der Schweiz ist. Doch bleibt die Branche ein Synonym für Geheimhaltung. Unter Druck geriet sie 2012, als die Menschenrechtsorganisation «Gesellschaft für bedrohte Völker» publik machte, einige Schweizer Raffinerien, unter ihnen Argor-Heraeus, seien in Geschäfte mit schmutzigem Gold verwickelt. Die Genfer Menschenrechtsorganisation Track Impunity Always (Trial) hatte Argor-Heraeus 2013 wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen und Geldwäsche angezeigt. Die Firma habe im Jahr 2005 drei Tonnen Gold aus der kriegsversehrten Demokratischen Republik Kongo verarbeitet. Auch wenn das Metall via Uganda und London ins Tessin gekommen sei, hätte die Firma wissen müssen, dass es sich um Gold aus einem Bürgerkriegsland gehandelt habe, argumentierte Trial. Die Bundesanwaltschaft stellte ein Verfahren allerdings ein, sie fand keine strafbare Handlung. Der öffentliche Druck nach Transparenz ist geblieben.

Harmlos ist dagegen eine anderer Goldschauplatz im Tessin: Heute Sonntag wird im Malcantone bei Sessa ein Stollen für das Publikum geöffnet, wo bis in die fünfziger Jahre Gold geschürft wurde – bis die Mine mangels Rentabilität einging.

Barbara Hofmann ist Korrespondentin für deutschsprachige Medien im Tessin.